

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstausfallen, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 1gebl. Zeile 20 Pfg. für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Als II. Beamter wurde Kollege Lorenz Sedlmayr, zur Zeit in München, gewählt. Derselbe tritt am 1. Oktober seine neue Stellung bei der Zentrale in Köln an.

M.-Glabbach ist für die ganze Buchbinderbranche, insbesondere für Goldschmittmacher, gezeichnet. Leipzig für Lithographen u. Steindrucker.

Der Zentralvorstand J. A.: Hornbach.

Bei der Zentrale gingen bis zum 11. 9. Abrechnungen und Gelder für das II. Quartal ein: Lendersdorf, Berlin und Gürteln. 2 Zahlstellen haben immer noch nicht abgerechnet. Falls bis längstens 17. September eine solche nicht erfolgt, so wird denselben das Recht der Unterstützungsgewährung bis auf weiteres aberkannt.

Peter Suppers, Zentralassistent.

Rheinisch-Westfälischer Gantag.

Man haben auch die rheinisch-westfälischen Kollegen sich am 10. Sept. in Düsseldorf im Hotel „Weidenhof“ ein Stellbischin gegeben um zu befeunden, daß auch hier im Westen Deutschlands der gewerkschaftliche Geist in den Zahlstellen des graph. Zentralverbandes noch frisch pulsiert. Vorweg kann schon festgestellt werden, daß auch hier wie in München die Verhandlungen durch keinen Mißton getrübt wurden und nicht allein eine angenehme Erinnerung für die Beteiligten sein werden, sondern daß die Fälle der dort gegebenen Anregungen unter allen Umständen belebend und befruchtend auf unsere Bewegung einwirken muß.

Kollege Stockmann-Köln, der in dankenswerter Weise die Vorarbeiten zu dieser Tagung übernommen hatte, eröffnete gegen 10 1/2 Uhr die Sitzung mit Worten herzlichster Begrüßung an die zahlreich erschienenen Delegierten und Gäste, dem sich Kollege Reinartz-Düsseldorf für die heimatische Zahlstelle anschloß.

Die Präsenzliste ergab, daß die in Betracht kommenden Zahlstellen bis auf Aachen, Krefeld und Düsselauer sämtlich vertreten waren, auch einige 20 Gäste waren anwesend. Zum Leiter der Tagung wählte man Kollege Stockmann-Köln, resp. Kollege Steinhauer-Neuß, als Schriftführer fungierten die Kollegen Kemmel-Bonn und Meisenberg-Merken.

An Beratungspunkten waren vorgesehen, zunächst Berichterstattung über das Leben und Treiben in den einzelnen Zahlstellen mit anschließender Besprechung der Verhältnisse. Dann Vortrag des Kollegen Hornbach über die Jugendfrage sowie Beschlußfassung über einige eingegangene Anträge.

Ohne heute auf Einzelheiten eingugehen kann gesagt werden, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, in allen Zahlstellen ein arbeitsfreudiger Geist herrscht und allenthalben eine stete Fortentwicklung festzustellen ist.

Zentralvorsitzender Hornbach, der als einer der ersten Diskussionsredner zu Wort kam, ergänzte die einzelnen Berichte noch vom Standpunkte der Leitung aus und hob vor allem die gute Entwicklung der Zahlstellen Köln, M.-Glabbach und Schlich-Derichsweiler hervor. Von letzterer ver spricht man sich besonders eine gute Einwirkung auf die noch nach Tausenden zählende abseits-

stehende Papierarbeiterschaft des engeren Kreises Tieren.

Ein wesentliches Moment in der Aussprache bildeten vor allem die Verhältnisse in M.-Glabbach, speziell die Bewegung bei der Gebetsbuchfirma Riffarth & Co. wo unsere Goldschmittmacher, um wesentliche Verschlechterungen abzuwehren zum Streite haben übergehen müssen.

Es muß einmal offen vor aller Welt gesagt werden, daß teilweise, speziell bei ausgesprochenen fath. Firmen sogar bei apostolischen Verlegern noch Verhältnisse herrschen, die man als schreiende Mißstände bezeichnen muß. Einmal bezahlt man dort schlechter wie jede Schmutzkonkurrenz und das anderemal trägt man dem christlichen Prinzip in keiner Weise mehr Rechnung. Als ganz unverstänglich muß man es bezeichnen, wenn beispielsweise ein solcher gut christlich sein wollender Arbeitgeber den sozialdemokratisch organisierten mehe Untergeordneten zeigt wie den Christlichen Gaben die Herren, die da wie in M.-Glabbach mit schwarzen Listen operieren, denn keine Empfindung dafür, daß es christliche Arbeiter und keine Sozialisten sind, die ihre Geberbitcher kaufen? und wo bleibt das christliche Empfinden?

Nicht minder unverstänglich ist das Benehmen des „freien“ Buchbinderverbandes speziell der Buchbinderzeitung. Trotzdem wir in loyaler Weise stets auch für unsere Kollegen dort gesperrt haben, wo Differenzen seitens des Buchbinderverbandes angezeigt wurden, hat bis heute die Buchbinderzeitung, trotzdem der örtlichen Leitung der Sachverhalt klargestellt worden ist, sich noch nicht entschließen können, Solidarität zu üben und M.-Glabbach zu sperren. Auch ein Zeichen der Zeit, das wir uns merken müssen.

Was die Pflege der Statistik angeht, so waren speziell die Angaben Kölns in jeder Beziehung muttergütig zu nennen, was Kollegen Hornbach Veranlassung zu der Bitte gab, gerade in dieser Beziehung mehr als bisher tätig zu sein.

Im übrigen zeigte die ausgedehnte Diskussion das allseitige Bestreben, nur unserer guten Sache zu dienen, was in manchen beherzigenswerten Vorschlägen zum Ausdruck kam. Anschließend an die jetzt folgenden Ausführungen Hornbachs betreffs Jugendpflege und Jugendgewinnung, denen in der nächsten Nr. eine besondere Spalte gewidmet werden soll, steht wieder eine anregende Diskussion ein, nach Mitteln und Wegen suchend, da helfend und fördernd eingzugreifen.

An Anträgen lagen vor: 1. Beschlußfassung über eine regelmäßig, vielleicht alle 2 Jahre abzuhaltende Gantokonferenz. Der Antrag fand in dem Sinne seine Erledigung, daß man allgemein im Prinzip der Veranstaltung von Konferenzen freundlich gegenübersteht, jedoch will man aus tatsächlichen Gründen Zeit und Ortsbestimmung noch offen lassen.

Die Kollegen Stockmann-Köln bezw. Dort-Dülmen werden mit den Vorarbeiten betraut.

Der 2. Antrag spricht den Wunsch aus, der Verbandsvorstand möge für die Zentrale ein Postfachkonto einrichten lassen, um einerseits Geld zu sparen und andererseits es den Zahlstellen möglich zu machen, nach Bedarf auch außer der Reihe

Gelder mit der Zentrale zu verrechnen. In diesem Sinne fand die Anregung Zustimmung und soll dem Zentralvorstande zur Ausführung empfohlen werden.

Antrag 3, der eine anderweitige Auslegung eines bestimmten § unserer Satzungen vorschlag, schieu der Konferenz vor das Forum der Zentralversammlung zu gehören, weshalb derselbe zurückgestellt wurde.

Gleichfalls dem Zentralvorstande zur Ermägung wurden einige sonstige Anträge überwiesen.

Um eine sich gegenseitig ergänzende und auch verstärkte Agitation seitens des Gutenbergbundes wie auch des Graphischen Zentralverbandes in die Wege zu leiten, empfiehlt unsere Zentraleitung nachstehende Resolution, die auch einstimmige Annahme fand:

„Die rheinisch-westfälische Konferenz des graph. Zentralverbandes beschließt im Prinzip die örtliche Kartellierung zwischen dem Gutenbergbund und dem graph. Zentralverband anzunehmen und die Delegierten versprechen in ihren Zahlstellen zu wirken, daß die Kartellierung recht bald erfolgt.“

Der als Gast anwesende Gewerkschaftssekretär Jelder-Köln (Gutenbergbund) berichtete hierauf kurz über den momentanen Stand der Tarifverhandlungen, wobei es sich abermals gezeigt hat, daß es auch diesmal nicht an Beiträgen gefehlt hat, unsere christliche Bruderorganisation von den Verhandlungen auszuschließen. Dies zwar wieder mal mißlungene Gebahren der Korten ist für uns der lebendige Beweis, daß die Stunde bitter ernst ist und daß treues Zusammenhalten und fleißiges Werben für unsere Bestrebungen eine zwingende Notwendigkeit ist.

Nachdem Kollege Hornbach noch kurz über die Anstellung unseres 2. Beamten, des Kollegen Sedlmayer-München berichtet hatte, den Kollege Kotters als einen in jeder Beziehung befähigten und intelligenten Kollegen schilderte, sprach der Versammlungsleiter das Schlusswort der Tagung, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die in Düsseldorf ausgestreute Saat auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Mit einem Hoch auf den graph. Zentralverband, schloß die in jeder Beziehung mustergerüttig verlaufene Veranstaltung.

B. Meisenberg

In der 11. Sitzung...
Unerschliches Treiben.

Seit ihrer Gründung wurden die christlichen Gewerkschaften von den Sozialdemokraten in der perfekten Weise bekämpft. Dieser Verläumdungstump nahm zeitweise solche ekelhafte Formen an, daß mancher ehrliche Arbeiter angewidert davon, der Genossentypus den Rücken lehrt und anderweitig an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung seines Standes mitarbeitete. Trotz aller himmelstreichenden Niederträchtigkeiten, welche die Genossen im Laufe der Zeit an den christlichen Arbeitern begingen, ist es ihnen nicht gelungen, die christlichen Gewerkschaften zu vernichten. Im Gegenteil! mehr als 300000 Arbeiter haben sich unter den Fahnen der christlichen Gewerkschaften gesammelt und die 40000 sind in Höhe erreicht. Diese Tatsache hat die roten Dichtsticker im allgemeinen und die des sog. Buchbinderverbandes im besonderen aus dem Häuschen gebracht. Nicht genug, daß in der roten Buchbinderzeitung an unserem Verbände in der heimlichsten und gefälligsten Weise herumgerüttelt wird, jetzt steigt sein „Generaldirektor“ Emil Klotsch in

die Spalten des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission der freien Gewerkschaften, um uns zu schreiben, weil wir nach seiner holerisch-sanguinischen Meinung, wie Hauelsen sagt, druckkrank sind. Das Bulletin ist aber ein solcher Gallmatsch, welches nur den Schlaf zutät, daß der Verfasser durch Herunterreißen unseres Verbandes sein Geheiß über die eigene Mißere hinwegwischen will. Es ist richtig, bei Einnahme- und Mitgliederübersicht im I. Quartal, die Revolution der Mitglieder wegen des mageren Ergebnisses beim Dreihundertertel und der Kampf mit dem sog. Sattler- und Portefeulienverband, gezeichnet Runen bei unseren „Freunden.“ Wir lehnen es ab, als „Prügelknabe zu dienen, für die gereizte Laune des „Generaldirektors.“ Er wundert sich zunächst, daß wir in diesem Jahr zum erstenmal einen besonderen Geschäftsbericht herausgegeben haben und freut sich königlich, daß der rote Buchbinderverband im 19.—25. Geschäftsjahr besser vorangekommen als wir im 1.—7. Geschäftsjahr. Da wir es nicht mit einem Neuling zu tun haben, Roth ist seit 1885 Mitglied des Buchbinderverbandes, kann nicht von Unwissenheit die Rede sein, die verzicht man, vielmehr sind seine Darlegungen demüthig hinterlistige Buchstapelerarbeit. In seinen lieben ersten Geschäftsjahren ist der rote Buchbinderverband herzlich wenig gewesen.

Gegründet im Jahre 1885 mit 25 brüchigen Vereinen und 1500 Mitgliedern, zählte er auf dem Verbandstage 1887 in Götting 1200 Mitglieder und ein Vermögen von 2861,98 M., 1889 in Hannover 1500 Mitglieder und 9000 M. Vermögen. Nach über fünfzig Jahren hatte er es auf 2811 Mitglieder und 18.738 M. Vermögen gebracht.

In den ersten sieben Jahren war also die Entwicklung keineswegs bedeutend, welches umso schlimmer ist, weil niemand Konkurrenz machte. Der erste Geschäftsbericht erschien für das Jahr 1900, also nach Ablauf des 16. Geschäftsjahres. Demgegenüber können wir uns setzen lassen.

Roth zieht unsere Wahrheitsliebe in Zweifel indem er schreibt: „Zu allem muß man die eigenen Angaben dieses christlichen Verbandes noch mit äußerster Vorsicht aufnehmen.“ Wer sich so hochtönend gibt, von dem sollte man glauben, er sei selber Mittelrein. Doch wie es um seine Wahrheitsliebe bestellt ist, das mag er im Protokoll des deutschen Buchbinderverbandes von der 10. Generalversammlung auf Seite 78, vorletzter Absatz nachlesen. Jedenfalls hat er, aus dem Glashaute mit Steinen geworfen. Für gewöhnlich tun das Generaldirektoren nicht. Im Uebrigen sind unsere Angaben richtig und halten jeder Nachprüfung stand.

Vom Erbarmen zum Lächerlichen ist bekanntlich nur ein Schritt. Das beweist Roth nicht nur in einem Falle. Er wirft unserem Verbandsorgan vor, es bräute nur M-Gladbacher Ableger und tische greulich verlogene Terrorismusgeschichten von den freien Gewerkschaften auf, und raube den Lesern den letzten Rest von Gefühl für Stil, Grammatik und Orthographie. Auf die ersten beiden Vorwürfe wollen wir ihm heute nur antworten, daß die „Graphischen Stimmen“ noch nie dem Gespött der Gewerkschaftswelt dienten, als wie die „Buchbinderzeitung“. Die Zeit, wo sie eine Eiseskammer der Verbandsfunktionäre war, haben wir noch nicht vergessen. Vroben gefällig? Wenn Lächerlichkeit thäte, dann wäre Roth nicht mehr, er wirft uns mangelhafte Sprachkenntnisse vor und schreibt im selben Atemzuge:

„Im nun keine Mitglieder über die trostlose Lage und die Ohnmacht ihres Verbandes hinwegzutäuschen, greifen die Führer zu den verweirtesten Mitteln.“

Für diese Leistung wird ihm der deutsche Sprachverein sicherlich eine umgelobte 1 zuerkennten. In Bezug auf deutsche sei auch noch folgendes zur Beachtung empfohlen. Ein weltfälliges Blatt hatte sich über die Sprache des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann, allgemein bekannt unter dem Namen der „Rehgebotehoffmann“ lustig gemacht, nicht etwa über seine Sprachfehler als solche, sondern weil der „Rehgebotehoffmann“ der nicht einmal die deutsche Sprache beherrscht, im Namen der Wissenschaft das Dasein Gottes leugnete usw. Die sozialdemokratische Dortmund-er Arbeiterzeitung reißt nun den „Rehgebotehoffmann“ den Parteigenossen Roths in ihrer Nr. 183/1911 folgendermaßen heraus:

„Also nur derjenige, der orthographisch schreiben kann und der beim Sprechen keine Schnur macht, nur der ist gebildet. Ein ungebildeter Lummel ist aber derjenige, der die Orthographie nicht beherrscht, der beim Sprechen hier und da einen Schnur macht, wenn er auch noch so belesen ist, noch so viele Kenntnisse sich angeeignet hat.“

Für die Behauptung wie konnten uns mit unseren Lohnbewegungen in den Verbänden der freien graphischen Verbände erbringt Roth einen merkwürdigen Beweis, er quasselt dem „flegetrichen“ Genossen Rumpfert nach. Wir können aus räumlichen Gründen den Verlauf der Bewegung bei der Firma J. P. Badem-Röln, hier nicht noch einmal aufrufen. Das geschah in ausreichender Weise in Nr. 5 u. 8. Jahrgang 1910 dieser Zeitung. Davon wird kein Wort zurückgenommen. Es steht ein für allemal fest, was damals für die Arbeiter herauskam ist unsere Initiative zu bannen. Unsere Kollegen können daraus erkennen wie es um die Wahrheitsliebe unserer Gegner bestellt ist.

Dann will Roth seinem Auditorium weis machen, in unserem Verbands herrsche graues Elend, trostlose Lage, unsere Mitglieder bekämen weniger Unterstützung und hätten dafür eine umso teuere Verwaltung und schimpf zum Schluß „christliche Wirtschaft.“ Natürlich ist zu gleicher Zeit im roten Buchbinderverband alles tipp topp. Und der Beweis? Ein paar absolute Zahlen, die dazu noch in ganz tendenziöser Weise verwendet werden. Tatsache ist, daß 1910 im roten Buchbinderverband, wenn Beiträge, Eintrittsgeld, Extra- und Lokalbeiträge und die Sammelgelder zusammengezählt werden, auf jedes Mitglied eine durchschnittliche Beitragleistung von 24,76 Mark kommt. In unserem Verband dagegen 16,32 M. Es ist in die Augen springend, daß bei einer um ein

Drittel höheren Beitragsleistung auch umso mehr den Mitgliedern zugute kommen muß. So sollte man meinen und trotzdem ist es nicht wahr, das beweisen die Statuten. Saguungsgemäß zahlen wir höhere Unterstufungen, wie der rote Verband. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird bei uns schon nach 26 Wochen Mitgliedschaft gezahlt, im roten Verband nach 32 Wochen. Sterbeunterstützung zahlen wir nach 104 Wochen, der rote Verband nach 156 Wochen. Ebenso ist auch die Streikunterstützung bei uns höher. Diese Verpflichtungen konnten wir bisher erfüllen und unserem Reservecfonds im Jahre 1910 noch 3,13 M. pro Mitglied zuführen. Im roten Buchbinderverband nahm nach Angabe des Geschäftsberichtes (S. 19.) das Vermögen um 2,99 M., also um rund 8 M. pro Mitglied ab. Wo herrscht da eine trostlose Lage und graues Elend? Bei uns nicht. Da aber liegt der Hund begraben. Weil eben im eigenen Lager die Geschäfte nicht klappen, glaubt man mit dem Herunterreißen der Christlichen die Genossen einzulassen. Das gelingt nicht, dafür werden unsere Kollegen schon sorgen, durch aufrufen der Lausachen. Das gleiche trifft zu mit der „christlichen Wirtschaft“ wir haben bisher noch keinen Zusammenbruch erlebt, wie er in den Annalen des Buchbinderverbandes verzeichnet ist.

Bleibt also von der ganzen Komödie nur noch der Vorwurf der leuten Verwaltung im christlichen Verband. Dieser Vorwurf ist einer der beliebtesten unserer Gegner. Trotzdem kann man unseren Mitgliedern damit nicht imponieren. Sie wissen ganz genau, je größer eine Organisation ist, desto geringer werden die Verwaltungskosten und Agitationskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Soweit die persönliche Seite in Frage kommt, kann nicht behauptet werden, daß der deutsche Buchbinderverband besonders billig arbeitet. In seinem Geschäftsbericht finden sich, zwar ziemlich durcheinandergehackt insgesamt 72.733,81 M. für persönliche Entschädigungen und Gehälter, das macht auf den Kopf des Mitgliedes 2,53 M., für den gleichen Posten brauchen unsere Mitglieder nur 1,51 M. aufzubringen. Wenn wir erst eine Liste über die gegenseitigen Gehaltsverhältnisse aufmachen wollten, — und das könnten wir — würde sich zeigen, daß unsere Mitglieder dabei viel geringer belastet sind, als die des Buchbinderverbandes, das weiß der rote „Generaldirektor“ auch ganz genau. Warum nun trotzdem immer wieder diese niedrigen Anwürfe gegen uns?

Die Sache hat einen psychologischen Haken. Dr. Pannetier und andere sozialistische Dogmatiker haben es verstanden, die roten Massen gegen ihre „Gewerkschaftsleiter“ mobil zu machen und dabei nicht zu knapp auf den persönlichen Verhältnissen herumgeritten. Um sich dessen zu wehren, strengen die Geprügelten in das Privatloft Pannetiers, wie sich die sog. „Ehener Arbeiterzeitung“ geschmacklos ausdrückt. Trotzdem scheint die Klemme nicht geraten zu sein. Und da sucht man sich herauszureißen, indem der Genossenschaft vorgerechnet wird, sehr mal, die Christen haben eine um soviel mal teure Vermögen wie wir, sind wir nicht ganz potente Kerle! Das ist nicht mehr ist, haben wir vorstehend wie Figura zeigt, nachgemessen.

So haben wir dann eingehend die christliche und die freie Wirtschaft untersucht und herausgefunden, daß wir uns sehr wohl setzen lassen können. Aus dem beschränkten Wege wollen wir weiter gehen zu Flug und Prommen der graphischen Arbeiter. Wägen alle Kolleginnen und Kollegen dabei mitwirken und Hand anlegen und den Genossen die rechte Antwort geben. Wir können mit unseren Einrichtungen jedem Gegner standhalten, gleichzeitig bieten sie der Kollegenschaft den notwendigen Rückhalt im Streit und Kampf der Zeit. Darum nicht geteilt und nicht gerastet bis der letzte christliche Berufs-kollege und die letzte Kollegin unseren Verbände abgeschlossen ist. Das ist die beste Antwort auf das unehrliche rote Treiben.

Christliche Arbeiterzeitung und nationales Volksinteresse.

Die Rundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses in der Tagespresse gegen das sog. Spiel mit dem politischen Waffensreiz in der gegenwärtigen ersten Situation hat ins Schwarze getroffen. Sowohl im Inwie im Ausland ist der Rundgebung die größte Beachtung zuteil geworden, wie die ausgedehnten Presseberichterungen beweisen. In allen national gesinnten reich-deutschen Kreisen ist der Ruf laut freudig begrüßt worden, während bei der Sozialdemokratie — was vorauszusetzen war — Mut- und Scheitern auslöst hat. Die ganze sozialdemokratische Presse heult und schimpft in einer nicht mehr zu überbietenden Tonart. „Schmelfelband“ poltert der „Vorwärts“ (Nr. 208/1911) jormentbrannt über die „kerischen und antisemitischen Gauleiter“, „Abwendung vom Hunger“ überschreibt die „Ehener Arbeiterzeitung“ (Nr. 209/1911) ihren Schimpfartikel und wirft den christlichen Arbeitern „Selbstschmugung“, „volksverräthende Christenpolitik“ und „Auspeisung niedriger Intelligenz“ vor. Die „Reinische Zeitung“ in Köln (Nr. 207/1911) höhnt über „Braue Kinder“ und die „lächerliche Person eines gewerkschaftlichen Zentrumsführers oder eines mandatsbeorgten Stöckerlings“. In einem Leitartikel ihrer folgenden Nummer zieht sie alle Register ihres Schimpf- und Schmähschloß: „Schmutziger Handwerker“, „miedrige Liebediener“, „schmierige Denunziationsfuchser“, „gehobene Knechte und blinde Wamulcler“ ist in dem Wuterquä des Kölner Sozialistenblattes u. a. zu lesen. Die „Münchener Post“ (Nr. 208/1911) wohnt der Angelegenheit ebenfalls einen Leitartikel, betitelt: „Die gelben Geistes“, der an Konfusion das denkbar unmöglichste leistet. Da wird der Papst und ein angebliches Streikverbot von ihm, die „Kölnen Richtung“, eine Eingabe gelber Arbeitervereine u. mit dem Ruf in Verbindung gebracht. Schwarz auf weiß steht da: „Die Rundgebung ist die letzte Folgerung aus dem politischen Bündnis des Zentrums mit den

Konservativen, die „gewerkschaftliche“ Umgründung des schwarzen Blaus.“ Solche überhöhte Tollheiten leistet sich das führende Organ der bayerischen Sozialdemokratie.

Die christlich-nationale Arbeiterzeitung hat für dieses Vorgehen nur ein Urdeln, bestenfalls eine verächtliche Handbewegung übrig. Die Sozialdemokratie hat es ja glücklich so weit gebracht, daß sie im Lande selbst mit „Rundgebungen“ nicht mehr ernst genommen wird. Sie treibt ihre Anhänger von einer Gasse in die andere, ein Kummel löst den anderen ab, so daß ihre eigenen Massen sich nur mehr an „Protest“-aktionen beteiligen, um eben dabei gewagt zu sein. Die Hauptlast ist, det er stille sind“, hatte ein Genosse bei der Berlin-Treptower Demonstration auf die Konfession geantwortet, daß die meisten „Demonstranten“ sich die Reden überhaupt gar nicht anhörten. Was den frischen geschäftlichen „Friedens“-Rundgebungen der Sozialdemokratie (so nannte sie mit Recht ein bürgerliches Blatt) einen ersten Charakter gibt, ist ihre Wirkung auf das Ausland. Durch das Beharren der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Presse ist den Gegnern Deutschlands zweifelsohne der Nacken gestiftet worden, eine Wirkung, was in der gegenwärtigen kritischen Situation nicht anders als wie ein Verrat am Vaterland bezeichnet werden kann. Das ist den sozialdemokratischen Wutrasen selbst in außerdeutschen Zeitungen, so z. B. in der Wiener „Reichspost“ bezeugt worden, wo die deutschen Sozialdemokraten gehörig zur Ordnung gerufen wurden.

Die sozialdemokratischen Treiberreien schließen aber auch eine schwere Gefahr für die Aufwärtsbestrebungen des Arbeitertandes in sich, weil sie dem Scharfmachertum die wirksamsten Waffen liefern. „Seht diese staatsfeindliche, vaterlandsverräterische Gesellschaft, und der sollen wir weitere Rechte einräumen, die sollen als gleichberechtigter Stand anerkannt und ins Volksgange eingegliedert werden!“ so rufen die Scharfmacher der Regierung und den gesetzgebenden Faktoren zu, wobei ohne weiteres auf den ganzen Arbeiterland verallgemeinert wird. Das jegliche Verhalten der Sozialdemokratie werden die Scharfmacher noch ungezählte Male gegen die berechtigten Arbeiter-Forderungen offen und in geschlossenen Konventikeln auszuspielen wissen. Und um dem vorzubeugen, um aber insbesondere nicht den Eindruck im In- und Ausland aufkommen zu lassen, als ob die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter der Sozialdemokratie stünde — was von letzterer immer so darzustellen versucht wird — deshalb war die Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiter nicht nur im nationalen, vaterländischen, sondern auch im ureigensten Interesse der organisierten Arbeiterschaft begründet.

Die sozialdemokratischen Blätter und ihre rosa-roten Helfershelfer versuchen jetzt ihre Wirkung der Rundgebung mit der Würde abzuwaschen, daß es sich nur um eine Verlautbarung von „drei Männlein“ (Vorwärts Nr. 209) oder um richtige „Ausschuss“-arbeit (Berliner Volkszeitung) handle, hinter der keine Massen, erst recht keine 17-Million Arbeiter und Bediensteten ständen. Das ist ein Verleugungsakt, wie er dümmter und auch unvorsichtiger nicht gedacht werden kann. Wert der Vorwärts denn nicht, daß er hier der eigenen Partei eine Grube gräbt! Daß man zukünftige Rundgebungen des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände und der Generalkommission mit demselben Argument als Sache einiger Männlein und „Ausschuss“-arbeit abtun kann? Soweit reicht der Spiritus sozialdemokratischer Abdankungen anscheinend nicht.

In den sozialdemokratischen Schimpfartikeln wird mit großer Entzückung in Rede gestellt, daß bei den sozialdemokratischen Demonstrationen für einen eventuellen Massenstreik Stimmung gemacht worden sei. Diese feigen Abwegungsversuche kennzeichnen die sozialdemokratische Gesinnungslosigkeit. Sind nicht die aufreizenden Reden des nachher schweigend verdunsteten Franzosen Puetot und des Vorwärtsredakteurs Daumling in Berliner Versammlungen mit tosendem Beifall aufgenommen worden, ohne daß nachher diese Generalstreikpropaganda von den verantwortlichen Instanzen — Generalkommission und Parteivorstand — desavouiert oder gar zurückgewiesen worden wäre. Und es bleibt Tatsache, daß insolge dieser Vergerien, auf deren Ton die Schreiwüste der sozialdemokratischen Presse seit Wochen schon gestimmt ist, zu Erbitterungen des Generalstreiks auf den Arbeitsplätzen geführt hat. Das feige Ablenken, womit die Sozialdemokratie es jetzt versuchen möchte, muß somit seine Wirkung verlieren.

Wie bei allen Gelegenheiten, so kann die Sozialdemokratie auch diesmal wieder einige bürgerlichen Blätter als Kronzeugen für sich und gegen die Christlichen Arbeiter ins Feld führen. Sie druckt mit schmerzlichem Verlagen Auslassungen des Berliner Tagesblattes und der Berliner Volkszeitung ab, die über die Rundgebung der christlichen Arbeiter den Stab brechen. Das wird die christlich-nationale Arbeiterzeitung ebenso kalt lassen, wie die Einladungen der roten Presse. Berliner Tagesblatt: die Einladungen gehören eigentlich schon lange nicht mehr zur bürgerlichen Tagespresse, erst recht nicht zur nationalen. Sie trotzen schon seit längerer Zeit in 80% aller Fragen getreulich der Sozialdemokratie nach, in etwa 10% eilen sie dieser, um von ihr nicht überholt zu werden, während sie lediglich in den restigen 10% der Fragen des öffentlichen Lebens noch eine eigene Meinung haben.

Eine in Berlin erscheinende neue Monatschrift, der „Nationaldemokrat“, weist gegenüber einer Verweigerung der „Germania“ darauf hin, daß Bundesverrat bei Blättern vom Schlage des Berliner Tagesblatt ausgeschlossen ist. Warum?

„Das Berl. Tagebl. ist doch gar kein deutsches, sondern ein südisches Blatt. Es kann wohl die Sache des Jubentums, aber nie die Sache des Deutschland verraten, weil es zu den Deutschen in keinem anderen Verhältnis steht als irgend ein englisches oder russisches Blatt.“

Rein Wunder, wenn solche Organe der Sozialdemokratie als Bundesgenossen erstehen und von dieser dann ihren gläubigen Publikum als politische „Strategen“

vorgeführt werden. Bei der Beurteilung der Stellung Deutschlands im Rat der Völker sind Vorkämpfer und Berliner Tagesblatt einander würdig. Die sozialdemokratische Presse mag leugnen, schimpfen und poltern was das Zeug hält, sie kann den Schandfleck nicht von der Sozialdemokratie abwischen, der darin besteht, daß sie in den letzten Wochen zugleich eine vaterlandsfeindliche und arbeiterräterische Haltung gegen die Interessen des deutschen Volkes eingenommen hat. Der deutsche Außenhandel beträgt jährlich rund 17 Milliarden Mark, der im Interesse von Deutschlands Volkswirtschaft (jährlich rund 900.000 Köpfe) weiter entwickelt werden muß. Daß dabei Kompensationen entstehen ist ebenso selbstverständlich, wie solche zwischen Arbeitgeber und Arbeiter — selbst im Tarifverhältnis — nicht gänzlich zu vermeiden sind. Wenn die Arbeiter alles ruhig einreden, gibt es freilich zwischen ihnen und den Arbeitgebern keine Streitigkeiten. In derselben Lage befindet sich Deutschland gegenüber auswärtigen Staaten. Und die Sozialdemokratie, die vorab, der Anwalt der deutschen Arbeiterinteressen zu sein, bestärkt durch ihr Verhalten in dieser kritischen Situation ausländische Macht haben in ihrer Unnachgiebigkeit gegenüber wirtschaftlichen Bedürfnissen des deutschen Volkes und ihres eigenen Vaterlandes. Die deutsche Sozialdemokratie hat also in der vorliegenden Streitfrage wieder einmal Arbeiterpolitik nach Dr. Eisenbarths Rezept betrieben.

Diese ihre neueste Tat muß der nur aus Agitationsparolen gedüllten, zu praktischer Arbeit aber stets hilflosen und unfähigen Sozialdemokratie im ganzen Lande entgegengehalten werden.

Eine sozialdemokratische Kassenverwaltung auf der Anklagebank.

Am Samstag, den 19. August, fand in Düsseldorf vor dem Schöffengericht ein Verleumdungsprozeß des Vorstandes der gemeinsamen Ortskrankenkasse gegen den Gewerkschaftssekretär Rosen statt. Das Ergebnis der Schöffengerichtsverhandlung, die etwa vier Stunden dauerte, war eine vernichtende Anklage gegen die sozialdemokratische Mißwirtschaft in der von den „Genossen“ verwalteten Krankenkasse.

Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde. Gewerkschaftssekretär Rosen hatte in einer Verammlung der christlichen Arbeiter im Paulushaus, die sich mit der Reichsversicherungsordnung befaßte, behauptet, daß bei der Anstellung von Beamten der Düsseldorf'scher gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gesehen, und daß die sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse offen betrieben würde. Deswegen hatten als Vertreter der Kasse der Vorsitzende Hüllstrung und der Kassenvorstand Leyser im Auftrage des Vorstandes Klage wegen Verleumdung erhoben. Die auf Samstag, morgens 10 Uhr, angelegte Verhandlung vor dem Schöffengericht kam erst nachmittags zum Ausgange.

Einen Vergleich, der vom Vorsitzenden des Gerichts angebahnt wurde, lehnten beide Parteien ab. Dem Beklagten stand Rechtsanwalt Fassenber-Düsseldorf zur Seite. Der Beklagte Rosen legte die Gründe dar, warum die Behauptung gefallt ist. Dem Reichstag sei bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ein umfangreiches Material vorgelegt worden, wie die sozialdemokratisch verwalteten Kassen zugunsten der Sozialdemokraten mißbraucht werden. Auch von der gemeinsamen Ortskrankenkasse in Düsseldorf seien ähnliche Verhältnisse bekannt geworden, weshalb die Behauptung auch in der Verammlung aufgestellt worden sei. Die Mitglieder der Kasse seien nicht etwa alle Sozialdemokraten, sondern zu einem sehr großen Teile Nichtsozialdemokraten. Die Beamten der Kasse rekrutierten sich zum allergrößten Teile aus der sozialdemokratischen Partei. Nicht ein einziger geborener christlicher Arbeiter sei an.

Der Kläger bestritt diese Behauptung und berief sich auf das Zeugnis des Runkhändlers Fietz, früherer zweiter Vorsitzender der Krankenkasse und langjähriger Vorsitzender der Anstellungs-Kommission der Beamten. Dieser sagte aus: „Schon bei der Verschmelzung der Fabrikkrankenkasse und der Handwerkerkassen, die die gemeinsame Ortskrankenkasse bildeten, war ich Vorsitzender der Anstellungs-Kommission, die die Auswahl der Beamten zu treffen hatte. Ich habe die bestimmte Überzeugung, daß seitens der Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokraten den sozialdemokratischen Beamten der Vorzug gegeben wurde. Bei der Verschmelzung war eine Reihe neuer Kräfte notwendig. Eine Unmenge Bewerbungen lag vor. Tüchtige, langjährige Beamte mit den besten Zeugnissen hatten sich beworben. Die Arbeitnehmer gehörten alle der sozialdemokratischen Partei an. Die besten Kräfte blieben unberücksichtigt, während Sozialdemokraten, die keinerlei Kenntnisse hatten, berücksichtigt und eingestellt wurden, darunter solche, in deren Bewerbungen orthographische und grammatikalische Fehler enthalten waren. Es bedurfte des energischen Einspruchs der Arbeitgeber, daß nicht solche genommen wurden, deren Bewerbungen von solchen Fehlern strotzten.“

Vor circa zwei Jahren wurde ein Beamter namens Couva ohne Vermitteln der zuständigen Kommission und des Vorstandes angestellt. Es lag zur Zeit für die Anstellung von Kräfte kein Bedürfnis vor, wie sich der Kassenvorstand dem Vorsitzenden gegenüber selbst geäußert hatte. Als der Vorsitzende den Kassenvorstand Leyser wegen der Anstellung zur Rede stellte, sagte dieser: „Der Beamte Spiegel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes kam zu mir und sagte: Siehe zu, daß du den bei der Kasse unterbringst. Couva war Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes; er fuhr ohne Vorwissen der Firma Krupp, bei der er beschäftigt war, zum Krankenkassen-

kongress nach Berlin und hatte dort in sozialdemokratischer Weise an der Krankenkasse der Firma Krupp Kritik geübt. Deshalb wurde er dort entlassen.“

Der Zeuge bekundete weiter: Im vorigen Jahre sollte ein Krankenkassenkontrollleur angestellt werden. Es lagen etwa 200 Bewerbungen vor. Die Kommission hatte das Material gesichtet, einige Bewerber hatten sich bereits vorgestellt und den Beifall der Kommission gefunden, zumal einer der außerordentlich gut qualifiziert war: Dies war allerdings kein Sozialdemokrat. Es war einstimmig beschlossen worden, diese Leute dem Vorstande vorzuschlagen. Einer der sozialdemokratischen Vertreter jedoch verlangte in der Vorstandssitzung: es darf nur „einer von unseren Leuten sein“. Von der Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokraten wurde dann auch selbstverständlich ein Sozialdemokrat gewählt, der zugleich Mitglied des Vorstandes der Kasse war. Bei einer anderen Gelegenheit, wo ebenfalls die Anstellung von einigen Beamten notwendig war, betonte der zweite Kassenvorstand, daß vor allen Dingen tüchtige Beamten genommen werden müßten, um die Kasse in der richtigen Art verwalten zu können. Auch da mußten wir einen Sozialdemokraten mit in den Kauf nehmen, der keinerlei Vorkenntnisse hatte.

Die Frage des Beklagten, ob sozialdemokratische Angestellte innerhalb der Kasse einen Vorzug gegenüber Nichtsozialdemokraten genießen, beantwortete der Zeuge folgendermaßen: „Ja, Herr Leyser ist ein klassisches Beispiel dafür.“ Wenn andere Beamte nur ein Drittel dessen gemacht hätten, was Leyser sich erdreistet hat, dann wäre er fertig gewesen. Leyser sei in rechtswidriger Weise mit den Kassengeldern umgegangen. Als Vorsitzender der Kasse veranlaßte ich eine Kassenrevision und erdachte, daß 5000 Mark in der Kasse fehlten. In den tiefsten Gründen einer Kassetten fand ich einige nichtssagende Blankoquittungen, z. B. „von Herrn Kassierer Hüllstrung 1000 Mk. erhalten, bescheinigt Leyser“, oder „für Herrn Leyser 1000 Mark erhalten zu haben, bescheinigt Herr Hüllstrung“ (Schwager von Leyser. Red.). Nähere Belege fehlten vollständig, ebenso fehlte für die Auszahlung des Geldes die vorgeschriebene Anweisung des Vorsitzenden. Ich erbatte dem Gesamtvorstand über die Angelegenheit Bericht doch wurde Leyser kein Haar getrimmt. Jeder andere wäre seines Amtes sofort enthoben worden. Weiter fehlten im Jahre 1909 in der Kasse des Krankenkassenverbandes 1700 Mk. Auch hier lag nur eine Quittung vor, die lautete: „1700 Mk. aus der Kasse erhalten zu haben bescheinigt Leyser.“ Eine Anweisung des Vorsitzenden war ebensowenig vorhanden wie Belege für den Betrag. Ein ganzes Jahr hat diese faule Blankoquittung als Beleg vorgelegen. Nachdem der Antrag gestellt wurde, eine Kassenrevision vorzunehmen, bequimte sich Leyser eine detaillierte Aufstellung über den Betrag zu machen. Verschiedene Posten höchst sonderbarer Art fanden sich dort vor. So hieß es z. B. vier- bis fünfmal: „An Herrn so und so 100 Mark ausbezahlt Leyser.“ Quittungen der Empfänger waren nicht vorhanden. Leyser mußte wissen, daß man bei einem so großen Kassensinken, wie das der gemeinsamen Ortskrankenkasse, Gelder nicht ausgeben darf, ohne Anweisung des Vorsitzenden und ohne ordnungsmäßige Belege, wie sie in dem Falle mit den 5000 Mk. hier vorgekommen sind. Weiter enthielt die Aufstellung Ausgaben persönlicher Art, z. B. „vier Wochen in Bielefeld gewesen mit Nachtlohn, pro Tag 15 Mk., und 6 Wochen in Bielefeld gewesen ohne Nachtlohn pro Tag 10 Mk.“ Außerdem bezog Leyser sein Gehalt weiter und hatte freie Eisenbahnfahrt. Der Zeuge erklärte mit allem Nachdruck, daß es unverantwortlich sei, mit den Geldern der Kasse, die doch von Arbeitern aufgebracht würden, so zu wirtschaften. Leyser hatte keinerlei Berechtigung, solche Sätze zu nehmen. Einen anderen würde man sofort beim Fragen genommen haben. Die übrigen Vertreter des Vorstandes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erhalten bei gleichen Anlässen nur das Jahrgeld bezogen.

Ein anderer sozialdemokratischer Beamter hatte den Verkauf der Familienbücher der Familienversicherung zu tätigen. Bei einer Kassenrevision stellte sich heraus, daß für die verkauften Familienbücher, was einen großen Betrag darstellte, kein Pfennig mehr in der Kasse vorhanden war. Dem Beamten wurde nur aufgetragen, das Geld in kurzer Zeit zu beschaffen. Noch einen Fall brachte der Zeuge zur Sprache, wo der Kassier Kassengelder unterschlagen und die Kasse gefährdet hatte. Diesem, ebenfalls ein Sozialdemokrat, geschah auch nichts.

Bei der Frage des Vorsitzenden des Gerichts, was mit anderen, Nichtsozialdemokraten geschehen würde, wenn sie sich ähnliche Verfehlungen zuschulden kommen ließen, erwiderte der Zeuge, daß solche zweifellos an die Luft befördert worden wären. Weiter bekundete der Zeuge auf Befragen des Beklagten, daß sämtliche Arbeitnehmer des Vorstandes Sozialdemokraten seien.

Der Zeuge Burchard mußte auf die Frage des Beklagten zugeben, daß nach der Verammlung, in der die belastende Äußerung gefallen war, von Leyser eine Erklärung ausgefertigt worden sei, nach der keine sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse betrieben würde. Die nichtsozialdemokratischen Beamten sollten diese Erklärung unterschreiben, verweigerten dies aber einstimmig.

Der Zeuge Abteilungsleiter Red, bereits seit 8 Jahren Beamter der Kasse, sagte aus, daß man sich wiederholt darüber unterhalten habe, daß weder bei Behörden, noch bei Privaten Leute mit solchen Kenntnissen bei einer Kasse angestellt werden müßten. (Sozialdemokraten. Die Red.) Nach meinem Dafürhalten würde ein Zentralsmann nie angestellt, wenn er nicht vorher Bureaubeamter gewesen wäre. Die nichtsozialdemokratischen Angestellten bei dieser Kasse sind sämtlich zuerst Bureaubeamte gewesen. Die Angaben des Zeugen kamen nur überdies heraus. Der Vorgesetzte des Zeugen ist eben Leyser, dem diese Mißwirtschaft in dessen Kasse nachgewiesen wurde. Die Frage des Beklagten Rosen, ob er sich beeinträchtigt fühle und ob seitens der Kassenvorstände Leyser nicht eine Reueung gemacht worden

sei, der Vorstand wäre sich einig, daß derjenige, der in diesem Prozeß „nicht richtig“ aussage, das Rassenlot nicht mehr betreten dürfe, mußte der Zeuge mit „Ja“ beantworten. Der Vorsitzende sprach über diese Beeinflussung sein Wohlwollen aus.

Der Verteidiger des Klägers erklärte daraufhin, nicht weiter die Vertretung führen zu können und legte sein Mandat nieder. Seitens des Beklagten wurde nachgewiesen, daß die Bureauangestellten, ob sozialdemokratisch oder nicht, dem sozialdemokratischen Verbände der Bureauangestellten angehören, der wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist. Die Mitglieder des Verbandes müssen Beiträge zum sozialdemokratischen Volkshaus, ebenso zum Maifeierfonds und dergleichen bezahlen. Ferner mußte der Zeuge zugeben, daß in der Kasse ein Hund schreiben irtuliert hat, wonach die Beamten aufgefordert werden, Beiträge zum sozialdemokratischen Maifeierfonds zu bezahlen. Der Vorsitzende der Kasse erklärte nach all diesen Vorwörfern, die Klage zurückzunehmen, wenn der Beklagte erkläre, daß er ihn nicht persönlich, sondern das System habe treffen wollen, weiter übernehme er die Kosten.

Dem Kläger Leyser wurde weiter noch nachgewiesen, daß er innerhalb des Rassenlots sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, indem er, wie ein Zeuge bekundete, ein Frauenzimmer nachts in das Rassenlot eingeschleppt hat.

Nach diesen Zeugenaussagen klappte der Kläger zusammen. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte: „Siehen Sie Ihre Klage zurück, denn dem Beklagten ist der Wahrheitsbeweis vollständig gelungen.“ Es wurde dann eine Erklärung formuliert, in der die Kläger anerkennen müssen, daß auf Grund des Beweismaterials die vom Beklagten gemachten Behauptungen als richtig anerkennen. Die Erklärung, die eine vollständige Niederlage der Kläger darstellt, hat folgenden Wortlaut: „Der Privatkläger zu 1) (Hüllstrung) nimmt die Privatklage zurück. Der Angeklagte erklärt, daß er mit den inkriminierten Behauptungen den Privatkläger nicht habe treffen wollen. Der Angeklagte verzichtet auf Kostenersatzansprüche gegen den Privatkläger zu 1 bezüglich der außergerichtlichen Kosten. Daraufhin wird das Verfahren seitens des Privatklägers zu 1 eingestellt.“

Bezüglich des Kassenvorstandes Leyser führt die Verhandlung zu folgendem Refuskat: „Nachdem die Beweisaufnahme die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten ergeben hat, daß bei Anstellung der Beamten bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vielfach gesehen worden sei, daraufhin nehme ich, der Privatkläger zu 2), die Privatklage, soweit sie sich hierauf stützt, zurück.“

Ich der Angeklagte erkläre, daß der Privatkläger zu 2 sich an bei der Kasse betriebener sozialdemokratischer Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht gebilligt hat. Ich der Privatkläger zu 2 nehme die Privatklage zurück, namentlich auch bezüglich des übrigen Teiles der Privatklage. Ich der Privatkläger zu 2 trage auch die außergerichtlichen Kosten des Angeklagten einschließlich eines Extrahonorars des Anwaltes des Angeklagten in Höhe von 15 Mark.“

Diese Verhandlung hat ein großes Schlaglicht auf die Mißwirtschaft geworfen, wie sie vielfach in sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen herrscht. Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß bei der Anstellung von Beamten nicht nach der Befähigung, sondern einzig und allein nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gefragt wurde — ganz zu schweigen von den anderen „lieblichen“ Dingen, die dieser Prozeß zutage gefördert hat. Und zu dieser Kasse, mit deren Geldern in so unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wurde, müssen auch die christlichen Arbeiter ihren Beitrag zahlen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung sind Maßnahmen getroffen, solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Es ist dafür gefordert worden, daß künftig diese Kassen nicht mehr als Versorgungsanstalten sozialdemokratischer Agitatoren mißbraucht werden können. Daher die große Entrüstung der Arbeiter in der Reichsversicherung! Einzig und allein die Mißwirtschaft der Sozialdemokraten ist getroffen worden. Wie dringend notwendig eine solche Maßregel war, hat dieser Prozeß wieder erneut bewiesen.

Hundschau.

Eine Lohnbewegung im Steinbrudergewerbe ist vom Gewerkschaftsbund in Leipzig eingeleitet worden. In der Stadt Leipzig arbeiten von rund 18000 Lithographen und Steinbrudern im Reich, allein etwa 8000. Am 30. Aug. 1911 fand in Leipzig eine von 2500 Lithographen und Steinbrudern besuchte Versammlung statt, die sich damit befaßte, eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzufordern.

Gefordert wird u. a. eine tägliche Arbeitszeit für Lithographen, Kartographen und Zeichner von acht Stunden (dieser besteht schon meist), für Steinbrudern 8 1/2 Stunden (bisher 9 Stunden), an Rotationsmaschinen 8 Stunden. Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre nicht unter 24, im zweiten Gehilfenjahre nicht unter 27 M. Für Rotationsmaschinenmeister im ersten Jahre der Beschäftigung nicht unter 40, dann nicht unter 45 M. Lehrlinge können ausgebildet werden: bis 5 Gehilfen 1 Lehrling, bei 6 bis 11 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei 12 bis 17 3 und auf je weitere 8 Gehilfen 1 Lehrling mehr. In keramischen Anstalten, für Autogram- und Lichtdruckpostkarten sowie für Rotationsmaschinen dürfen keine Lehrlinge ausgebildet werden. Für Überstunden sind in der Woche 25 und Sonntags 50 v. H. Zuschlag zu bezahlen, regelmäßige Überstunden sind nicht zulässig,

wöchentlich dürfen von einem Gehilfen nicht mehr als 5, jährlich nicht mehr als 80 Liederstunden gemacht werden. Die gefestigten und vom Gehilfen angeordneten Feiertage sind zu bezahlen. Allen Gehilfen soll ein Ferienurlaub von mindestens 3 Tagen unter Verzichtung des Lohnes gewährt werden. Der Urlaub verlängert sich jedes Jahr um einen Tag bis zu zwei Wochen. Affidavit- und Prämiendarbeit ist unzulässig. Allen mit Bronzebrust bezeichnigten Trudern wird eine Entlohnung von 1 Mt. für den Tag gezahlt. Der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation wird in erster Linie in Anspruch genommen. Jeder Gehilfe erhält eine den Teuerungszuständen entsprechende Lohnzulage.

Diese Forderungen sind nach Schluss der Versammlung am 30. August sämtlichen Unternehmern einzeln per Post zugegangen. Diese sollten bis 6. Sept. Nachricht geben und am 7. Sept. in einer weiteren Gehilfenversammlung Bericht erstatten werden.

Der Schugverband in Gemeinschaft eines großen Teils derjenigen Prinzipale, welche dem Schugverband nicht angehören, haben Verhandlungen in Aussicht gestellt. Die Verhandlung vom 7. Sept. beschloß jedoch trotzdem die Kündigung am 8. und 9. Sept. einzutreten. Außerdem sollen in sämtlichen Druckorten Deutschlands während der beipälgiger Differenzen die Liederstunden vermehrt werden.

Im Prinzipalslager ist man über das irrafte Vorgehen seitens der Gehilfen sehr erbittert. Mitte dieser Woche tritt der Ausschuß des Schugverbandes in Berlin zusammen und es ist nicht ausgeschlossen, daß Maßnahmen scharfster Art gegen sie beschloffen werden.

Wenn ein solches Handeln gegenüber dem Schugverband, dürfte aufgrund früherer Vorwissenisse von Vorteil sein, aber falls die Bereitwilligkeit zum Verhandeln auf ehrlicher Basis ohne Verschöpfung im Prinzipalslager gedacht war, so dürfte die Erbitterung leicht zum größten Widerstand zeltgen.

Wenn wir auch die Forderungen insofern der fortwährenden Technik und der damit verbundenen größeren Ansprüche an die Arbeitskraft, sowie der Leistung wegen durchaus anerkennen, so finden wir auch hier wieder die angeerbte Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Verbandes betreffs Arbeitsnachweis.

Die Verhandlungen über die Revision des Deutschen Buchdrucker-Larifis sind vom Larifamt für den 25. September und die folgenden Tage festgesetzt worden. Die Verhandlungen finden in Berlin, im "Papierhaus", Dessauerstr. 2, statt. An den Beratungen nehmen die ordentlichen Prinzipals- und Gehilfenmitglieder des Larifauschusses, der Deutsche Buchdrucker-Verein, der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Deutsche Verleger-Verein, der Verein Deutscher Zeitungsetzler, der Verein Deutscher Schriftsetzer, der Verlegerbund, die Redakteure der "Zeitschrift" und des "Korrespondenz" und die Mitglieder des Larifamts teil.

Das große Geschrei zu mancher radikaler Verbandsfunktionäre (sowie deren Propagandisten), daß der Schugverband wiederum unter neuen Umständen zu den Verhandlungen zugelassen werde, ist durch die Bekanntmachung des Larifamts zu Schanden geworden.

Der Stand der niederdeutschen Tabakarbeiters-Aussperrung ist unverständlich. Die Firma, von der die Bewegung ausgeht, und die bisher mit allen, auch zweifelhaften Mitteln, eine Einigung verhindert hat, ist die Firma R. Rajan & Söhne in Altona. Sie hatte kürzlich hinterzogen, daß die anderen Firmen verhandeln. Nach einer zweiten Weisung ließ man zwar die Ausschüsse rufen, aber man machte fast keine Zugeständnisse oder solche, die praktisch keine Bedeutung haben, aber nach außen hin blenden sollten. Die Firma Rajan selbst brachte es sogar noch fertig, Abzüge anzubieten. Nur die Firma Kommes kam den Arbeitern entgegen. Mit geradezu demonstrativer Einmütigkeit lehnten die Ausgesperrten in gemeinsamer Abstimmung die einer Herausforderung gleichenden Angebote ab.

Allorten nimmt die christliche Arbeiterschaft zu der Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter Stellung. Die Fabrikanten werden gar bald erkennen müssen, daß sie bei ihrer Rechnung, den christlichen Tabakarbeiters-Verband zu unterdrücken, die Solidarität und die Energie der christlichen Arbeiter als Konsumenten vergessen haben. Wo es noch nicht geschehen ist, mögen unsere Kollegen allorten in eine umfassende Aufklärungsarbeit eintreten und in allen Versammlungen Stellung nehmen. Es ist besonders gut, wenn durch die Presse oder unmittelbar den Fabrikanten oder deren Vertretern zur Kenntnis gebracht wird, wie die christlichen Arbeiter über das Vorgehen der beteiligten Firmen denken. Besonders wichtig ist, daß die Käufer dahin aufgeklärt werden, von ihrer Gewohnheit, bestimmte Marken Zigarren oder Tabake zu verlangen, abzukommen. Die christlichen Arbeiter haben z. B. kein Interesse an Tabaken, die von Arbeitsunwilligen hergestellt werden, wie es bei der Firma Oldenort der Fall ist, die außerdem bestimmt erklärt, die christlich-organisierten Arbeiter nicht mehr einzustellen.

Zur Aussperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein. Folgende Firmen haben ausgesperrt oder den Aussperrungsbeschluß mit herbeigeführt:

- West: Henz & Oldenort sen. & Co.; Heinrich Ostendorf; Meyers & Offenberg; Friedr. Schulz;
- Rheinland: R. Rajan & Söhne; Heinz Nege; Bergelt & Quatens; H. Hoeftzeth; Wozart & Oelshöfer; Wehr. Kommes; R. F. Oelshöfer; G. Schmitz;
- Ost: Johannes Franken; Fritz Frentz; Joh. Kogeloff; Karl Hüppers;
- Ost: Schellen & Reizenboom; Wisberg & Franz; Johann D'Hone; Paul Struymer; Fr. Glaser; Otto Uelshöfer; P. J. Schreiber; G. F. Wark; Jakob Spanier; C. Lendor; Siemens; Jakob Janien; W. A. Brückhaus; Gebr. Blum; A. Stern & Co.; Hermann Bianten;

- Weldern: Deders & Bemer; Gebr. Berg; L. Boeges; Gebr. Redden; Gogeborn;
- Erson: Johann Kitting; W. Tenberger; W. Kerken; Gebr. Bierhaus; Kretsch & Gagemann;
- Emmerich: Theodor & Johann Klaffen; G. B. Hendemann; M. C. Ekopp; Jakob van Rütphen;
- Wesel: Peters & Rubber; Oberhausen; W. Albrecht; Duisburg: A. F. Carlsbach; Karl Bismold; Vialdorf: Heinz Tiefenbach.

Mit folgenden Firmen steht der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter in Tarifverhältnis: Genossenschaftsfabrik Altona; Wilhelm Mertens in Glee; Wilhelm d'Aragon in Eidenhausen bei Wunde i. W.; F. A. Glodius in Lohne (Oldenburg); F. C. Kolz, Klein-Krogerburg (Hessen); Friedr. Heyermann in Anholt i. W. Die Arbeitsverhältnisse ohne Tarif haben mit dem Verband geregelt: F. W. Bönnel in Grefrath bei Krefeld; Reimer in Verdungen a. Rhein; F. Kemp in Wesel; Franz, Koch und G. Wilkensen, Koch; Herm. Oldenort & Söhne in Altona i. W. (Tabak und Zigarren).

Aus den Zahlheften.

M. Glabach: Eine große Erbitterung über das Verhalten der Firma Marth, Behebüchereifabrik, hat in der hiesigen, größtenteils organisierten Buchbindereiarbeiterschaft Platz gegriffen. Statt den geringen Wünschen der Goldschmittmacher gerecht zu werden, geht man lieber dazu über den Anregungen von Schafmachers zu folgen. Den bekannten launischmännlichen, arbeiterfreundlichen Buchbindermelster Herrn Wiese läßt man zu allen möglichen Konkurrenzfirmen reifen, selbst bis nach Stuttgart, um Streikbrecher anzuwerben, oder Firmen zur Herstellung der Streikarbeit zu bewegen. Die Streikarbeit wird geheimnisvoll verpackt und an auswärtige Spediture verschickt, die aufgrund brieflicher Mitteilung, sie an den Bestimmungsort dirigieren, aber trotzdem haben die Streikenden Wind von alledem bekommen. Wir wollen über dieses Kapitel, aus bestimmten Gründen vorerst nicht ausführlich berichten.

Der von uns geführte Nachweis, daß insbesondere Flachspinnerei viel schlechter wie bei jeder anderen auswärtigen Konkurrenzfirma, von der Firma Marth bezahlt werden, des ferneren, daß die von Herrn Wiese getroffenen Maßnahmen bedeutende Verdienstschlechterungen mit sich bringen, fört diese nicht. Man geht lieber damit hausieren die Goldschmittmacher haben pro Jahr und Tag so und soviel verdient und sucht damit Nichtschlechten Sand in die Augen zu streuen. Unserem Vorschlag, das Durchschnittslohn pro 1911, dem desgleichen Zeitraum von 1910 gegenüberzustellen kommt man dagegen nicht nach, weil man weiß, daß hierdurch deutlich hervorgehen würde, welche Verdienstschlechterungen den Goldschmittmachern zu teil wurde.

Ein Musterbeispiel aus Recht bei M. Glabach, welcher zu anderen Zeiten weder bei Marth noch sonstwo als Goldschmittmacher Unterkunft gefunden hätte, steht heute an Stelle der Streikenden und versucht seine Kunst unter dem Oidium des Arbeitervrats. Des ferneren hat ein Mitglied des „freien“ Buchbindereverbandes aus Baden dort Stellung angenommen. Doch hoffen wir, daß seine Organisation sozial Einfluß bei ihm besitzt, um diesem die Schande zu ersparen.

Der Künstler aus Rheindt antwortete den auflästernden Kollegen, es sei ihm ganz egal, ob lauter vertratete Männer (mit Familie) auf der Straße händere, er arbeite und damit sozial! Diese Ausdrucksweise dürfte die Bestimmung dieses Buchheftes zur Genüge illustrieren.

Nun aber zur Firma, welche doch schon ein Interesse daran hat, daß das christliche Welt weiter ihre Bücher kauft, verlangt, daß christliche Arbeiter in Schafgeduld Verschlechterungen hinnimmt, oder sie droht damit, daß sie Sozialdemokraten an ihre Stelle setze. Aber damit noch nicht genug, sie geht noch dazu über, ihre Goldschmittmacher bei allen Behebüchereifabrikanten Deutschlands als Aufwiegler anzuschwärzen, obwohl Inhaber wie „Meister“ sie als tüchtige Fachleute selbst dem Verbandsovertreter Hornbach gegenüber bezeichnen haben. Ist es Märsch, wenn eine Arbeiterkategorie, welche durch Maßnahmen eines „Meisters“ pro Mann und Woche mindestens 3.50 Mt. einbringt und dafür einen Ausgleich sucht, welcher kaum die Hälfte einbringt, was sie verlieren hat?

Du eine Firma sich gegenüber großen Forderungen der Arbeiter wehrt, ist begrifflich, aber in diesem Falle und mit solchen Mitteln, daß ist verwerflich.

Kommt zwischen den Streikenden und der Firma im Laufe dieser Woche eine Einigung nicht zustande, so sind auch wir gezwungen, mit gleichen Waffen zu kämpfen, d. h. an die gesamte christliche Arbeiterschaft, ja an das gesamte christliche Volk zu appellieren, sie aufzufordern, ihren Bedarf an Beheb- und Gesangbüchern, nicht dort zu decken, wo sie steht, daß sie in einer Firma angefertigt sind, welche die Rechte christlicher Arbeiter mit Füßen tritt.

Schluß: Wie in der letzten Nr. der graphischen Stimmen mitgeteilt wurde, ist die Arbeiterschaft der Firma Gebr. Hoffmann Düren bereit, wenn dort nicht recht bald den in jeder Beziehung berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft stattgegeben wird, ein erstes Wort mit der Firma zu reden und eventuell sich ihr Recht auszusprechen. In der Zwischenzeit ist nur der Janzelschluß wieder vorstellig geworden und hat auch die Firma nicht im Zweifel gelassen, daß die Langmut der Arbeiterschaft auch einmal ein Ende hat, dem mit diesen Verschlechterungen kann sich eine organisierte Arbeiterschaft nicht zusehen gehen und trotzdem ist man seitens der Firma diesmal auch wieder nicht darüber hinausgegangen. Wenn aus neuerdings wohl von interessieren der Seite ausgetrieben wird, man wolle den Verbandsbeamten gegen die Verbandsmitglieder aufmarschieren lassen, so zeigt das doch von einer dummen, dreisten Verdröpfung der Tatsachen, daß man sich wirklich wundern muß, daß solcher Unfug verbreitet und geglaubt werden kann. Auf der gleichen Höhe stehen die

Ausführungen des Angestellten, der meinte 10% über Beschäftigten als Faulenzen stillzulegen zu dürfen. Ob der Herr nicht an Lieberhebung krank, oder ob es ihm noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß schließlich 95% Faulenzen aus purer Faulheit sich verpflichten könnten mit ihm überhaupt nicht mehr zu arbeiten. Auf jeden Fall sind heute Schichtlöhne von 2.00 Mt., 2.80 Mt., 3.00 Mt. und auch von 3.25 und 3.35 Mt. nicht mehr zeitgemäß und absolut nicht hinreichend eine Familie mit dem Notdürftigen zu versehen.

Wenn werden an bezugten Stellen auch höhere Löhne dort gezahlt, aber trotz und alledem ist es Tatsache, daß im Betriebe der Firma Gebr. Hoffmann vertratete Kollegen stehen, die wie oben gesagt, entlohnt werden. Hier Wandel zu schaffen muß die erste Aufgabe der Organisation sein und da dürfen auch Schlußschüsse und Querebenen nicht versagen.

Literarisches.

Die Reichsversicherungsordnung und ihr parlamentarisches Vergehen. Herausgegeben von einem Mitgliede der Zentrumspartei. Nr. 8 (107) M. Glabach 1911, Volkswirtschafts-Verlag, Preis einzeln 80 Pf., 10 Exemplare zusammen Mt. 5.—

Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Vorteile gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung die die Zentrumspartei im Reichstage zu derselben eingenommen hat. Das erste Buch enthält die für alle Versicherungsarten gemeinsamen Vorschriften (Umfang der Versicherung, Träger der Versicherung, Versicherungsbehörden usw.). Das zweite Buch behandelt die Krankenversicherung. Ausführlicher wird hier die sogenannte Reutalkalifikation der Krankenkassen besprochen unter Hinweis auf die bisher hier vielfach übliche sozialdemokratische Parteimitgliedschaft. Im dritten Buch wird die Unfall-, im vierten die Invaliden- (Alten-) und die neuerdings eingeführte Hinterbliebenenversicherung dargestellt. Das sechste Buch enthält die Vorschriften über die Feststellung der Leistungen durch die Versicherungsträger, sowie das Verfahren, das ebenfalls gegen frühere eine Verbesserung erfahren hat. Wo die Sozialdemokraten nach ihren Erklärungen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Reichsversicherung als Agitationsmittel gegen die Parteien, die in mißprosser Arbeit die geschaffen haben, ausbeuten will, dürfte die vorliegende Schrift sowohl zur Abwehr als auch zum Angriff nützliche Waffen liefern.

Häufige für die Abwanderer vom Lande: Zweite Auflage (4. bis 6. Laufend) Soziale Tagesfragen 81. Heft. Herausgegeben vom Volkswirtschafts-Verlag für das kathol. Deutschland, Nr. 143, Preis 40 Pf. M. Glabach 1911, Volkswirtschafts-Verlag, Godesburg.

Inhalt: 1. Kapitel: Umfang der Abwanderung. 2. Kapitel: Weltliche und soziale Schäden. 3. Kapitel: Mittel der Fürsorge. 4. Kapitel: Schutz der abwandernden weiblichen Jugend.

Das schnelle Wachstum unserer Großstädte hält in unverminderter Stärke an. Die Volkszählung von 1905 ergab im Bereiche des Deutschen Reichs 42 Großstädte mit 11.500.000 Einwohnern. Im Jahre 1910 war die Zahl auf 40 mit etwa 15 Millionen Einwohnern gestiegen. Im Jahre 1907 zählte man in den Großstädten 6.476.000 Köpfe fremd zugezogenen Bevölkerung. Die große Mehrzahl unserer Großstadtbewohnerung rekrutiert sich also aus Zugewandenen, speziell vom Lande. An diese Geschlechter fällt gleichmäßig beteiligt. Es sind besonders die jugendkräftigen, voranstrebenden Elemente der Bevölkerung, welche zur Großstadt abwandern. Die Bevölkerung von der Heimat, die Verpflanzung in eine so ganz anders geartete Umwelt, hat für die Abwanderer eine Menge von Gefahren im Gefolge, denen nicht wenige zum Opfer fallen. Es ist deshalb eine brennende Frage, wie die Abwanderer einerseits in der Heimat gegen die Gefahren der Großstadt geschützt, und wie sie andererseits in der neuen Heimat erlöst und in den Organismus des bürgerlichen und sozialen Lebens können eingegliedert werden.

Das Buchhändchen, das neben die Presse verlegt, enthält ein reiches statistisches Material zur Abwandererfrage und schildert die verschiedenartigen Mittel zur Fürsorge in der Heimatgemeinde sowohl wie am neuen Wohnorte. Für alle, die sich um Volkswohlfahrt und Erziehung befragen, ist das Büchlein ein unentbehrliches Ratgeber.

Versammlungs-Kalender.

- Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Jeden 2. Samstag, im Monat im Vertretungslot der christl. Gewerkschaften.
 - Darmen.** Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im Restaurant Vogel, Rödigerstr. 18 in Darmen und Rest. Wilms, Ludwigr. 31 in Oberfeld.
 - Berlin.** Mittwoch, den 20. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Reuter Köpfniederstr. 62.
 - Düsseldorf.** Samstag, den 16. Sept., abends 8 Uhr. Vortrag: Alle erschienen.
 - Siegen.** Samstag, den 30. Sept., 8 1/2 Uhr bei W. Glabach, Altona.
 - Kempten.** Samstag, den 16. Sept.
 - Köln.** Samstag, den 16. Sept., mit Vortrag „Einführung in die Reichsversicherungsordnung“ im Dreieck.
 - München.** Samstag, den 23. Sept. im Wiedemann Garten, Schillerstr. 16. Vollständiges Erscheinen wünsch.
 - Münster.** Samstag, den 16. Sept. bei Siegmund, Glasmenscht. Vollständiges Erscheinen wünsch.
 - Wuppertal.** Am Dienstag, den 19. Sept.
- Verantwortlich: A. Hornbach, Köln, Palmstraße 14. Köln-Exenfelder Gabelndruckerei, Altona, 2.